

Eurokommunismus

„Eurokommunismus“ ist in der heutigen politischen Diskussion der gängige Begriff für die Tendenz der kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens zum „Polyzentrismus“ (Togliatti), für ihre Absage an den Führungsanspruch Moskaus und der KPdSU sowie ihre Ablehnung des revolutionären Wegs zur Macht. Die Oktoberrevolution 1917 ist für die führenden Kommunisten West- und Südeuropas nicht exportfähig. Sie sind überzeugt, daß in den hochentwickelten „kapitalistischen“ Gesellschaften die Macht nur demokratisch errungen werden kann, durch den Gewinn der Mehrheit in freien Wahlen. Im Prinzip bekennen sie sich auch zum pluralistischen Rechts- und Verfassungsstaat der repräsentativen Demokratie.

Bedeutet diese Erklärungen eine Abkehr von den bisherigen Prinzipien des Kommunismus, einen Wandel der kommunistischen Parteien zu demokratischen Parteien im westeuropäischen Sinn? Die Gründe, die dagegen sprechen, machen eine bejahende Antwort schwer, wenn nicht unmöglich.

Der Begriff „Diktatur des Proletariats“ ist verschwunden; aber bedeutet „Hegemonie der Arbeiterklasse“ etwas anderes? Ziel kommunistischer Politik ist der „Sozialismus“. Im Marxismus-Leninismus hat „Sozialismus“ mit der westlichen Demokratie, auch der Sozialdemokratie, nichts zu tun: Er ist die Erfüllung der Geschichte und duldet keine „bürgerliche Ideologie“ mehr neben sich, läßt also einen „Pluralismus“ höchstens als Pluralismus innerhalb der dann allein herrschenden Arbeiterklasse zu. Vom Marxismus-Leninismus hat sich noch keine dieser Parteien abgesetzt, ja sie bezeichnen ihn ausdrücklich als Grundlage und Richtschnur ihrer Politik. Auch ihre innere Struktur wird nach wie vor von dem leninistischen Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ bestimmt: Die Meinungsbildung geschieht nicht von der „Basis“ her; die Parteispitze legt die „Parteilinie“ fest, und dieser müssen alle blinden Gehorsam leisten. Können solche Parteien jemals die Spielregeln der Demokratie akzeptieren?

Alle bejahen die Erringung der Mehrheit durch freie Wahlen als allein legitimen Weg zur Macht. Aber können sie jemals zulassen, daß durch erneute freie Wahlen das wieder rückgängig gemacht wird, was sie als unvermeidlichen Gang des „historischen Fortschritts“ betrachten? Gestattet ihnen ihre Ideologie, die Macht wieder aus der Hand zu geben zugunsten „reaktionärer“, „bourgeoiser“, „kapitalistischer“ Gruppen, Kräfte und Mächte? Überall in der Welt, wo sich bisher der Kommunismus durchgesetzt hat, wurde die freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie zerstört. Betrachtet man die Erklärungen kommu-

nistischer Parteien und Parteiführer der Länder Osteuropas aus den Jahren 1945 bis 1947, dann unterscheiden sie sich kaum von den Formulierungen, mit denen sich heute west- und südeuropäische Kommunisten zu demokratischen Prinzipien bekennen. Was im Osten daraus geworden ist, liegt offen vor Augen. Wer kann garantieren, daß es im Westen anders sein wird?

In einem Brief an Bischof Bettazzi von Ivrea machte vor einigen Monaten der italienische KP-Chef Berlinguer deutlich, was er unter „Demokratie“ und „Pluralismus“ versteht: Diese Prinzipien seien dann verwirklicht, wenn der Staat alle öffentlichen und sozialen Dienste in eigene Regie übernehme, um sie dann „demokratisch“ zu verwalten. Hier liegt der Kern des Problems, und hier liegt eine zentrale Aufgabe der Kirche und der Christen in der Konfrontation mit dem Eurokommunismus. „Demokratie“ ist in diesem Verständnis Monopol des Staats und damit der Partei, die den Staat beherrscht. Der Staat allein bestimmt, was „Demokratie“ und „Pluralismus“ ist, und diesem Diktat haben sich alle zu unterwerfen. Das ist aber, wie die französischen Bischöfe formulieren, ein „De-facto-Totalitarismus“, der jeden wirklichen Pluralismus ausschließt.

Der Marxismus-Leninismus sieht in diesem totalen Anspruch auf Gestaltung aller Lebensbereiche nichts Böses, weil er meint, dann erst käme die Geschichte der Menschheit zu ihrer Erfüllung; daher bedeuten „Demokratie“ und „Pluralismus“ etwas ganz anderes als in der europäischen politischen Tradition. Diese hat im Wissen um die Verführbarkeit des Menschen durch die Macht Verfahren geschaffen, die einen Mißbrauch der Macht soweit als möglich verhindern sollen. Sie geht von der Überzeugung aus, daß die menschliche Person eine unverlierbare, jeder staatlichen Ordnung vorgegebene Würde besitzt und damit Träger von Rechten ist, die niemand antasten darf.

Das ist aber das Menschenbild auch des christlichen Glaubens. Häufig wird den Christen, vor allem den Katholiken, vorgeworfen, sie seien anfällig für den weltanschaulich einheitlichen, totalitären Staat und hätten ein gebrochenes Verhältnis zur pluralistischen Demokratie. Die Sympathie vieler Katholiken für den Eurokommunismus scheint diesen Vorwurf zu bestätigen. Gerade in der heutigen Situation haben jedoch die Christen die Aufgabe, die Freiheit des Menschen zu verteidigen und jedem totalen Anspruch des Staats, der Gesellschaft oder einer Partei entgegenzutreten. Der moderne Staat hat eine strukturelle Tendenz, alle und alles zu vereinnahmen und keine eigenständigen, unabhängigen, denkenden einzelnen oder Gruppen zu dulden. Im Marxismus-Leninismus ist diese Tendenz als „klassenlose Gesellschaft“ erklärtes Ziel. Die Kirche darf dem nicht tatenlos zusehen. Sie muß heute mehr denn je Institution der Bewahrung der Freiheit sein.

Wolfgang Seibel SJ